

„Migration ist ein Puzzle mit vielen Teilen“

Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Inneres, über die Herausforderungen und Erfolge in der Flüchtlingsfrage

INTERVIEW: DIEGO VELAZQUEZ

Dimitris Avramopoulos hat sicherlich einen komplizierten Job. Als Migrations-, Innen- und Sicherheitskommissar der EU ist er der Mann, der Lösungen zu Europas umstrittensten Fragen finden muss: Personenfreizügigkeit, Terrorismus und die Flüchtlingskrise. Die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU ist das sichtbarste Element dafür: Von den 160 000 Schutzsuchenden, die es EU-weit zu verteilen galt, sind bislang nur 35 000 umverteilt worden. Trotz des heftigen Widerstands einiger europäischer Regierungen versucht der griechische Konservative, an seinem Kurs festzuhalten und eine umfassende und offene Migrationspolitik für Europa zu entwerfen. Im LW-Interview plädiert Avramopoulos für mehr legale Migrationswege Richtung Europa und gegen den Einsatz negativer Hebel bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Gleichzeitig wirbt er für Nuance, Geduld und Weitsicht.

Herr Avramopoulos, im Jahr 2017 sehen wir desaströse Verhältnisse für Migranten in Libyen, einen Mangel an Solidarität in der EU, ein noch nicht reetabliertes Schengensystem, und Parteien, die gegen Migranten Stimmung machen, gewinnen an Zustimmung. Kann man von einer erfolgreichen Migrationspolitik der EU sprechen?

Es ist noch zu früh, um von einem Erfolg zu sprechen. 2015 wurde die EU von dem beispiellosen Phänomen, der Flüchtlingskrise, überrascht. Vorher gab es lediglich ein Embryo einer Migrationspolitik. Leider brauchten wir eine Krise, um zu merken, dass wir etwas tun sollten. Und wir haben etwas getan. Nun haben wir eine Strategie. Die Flüchtlingsströme sind deutlich zurückgegangen, sowohl über die Türkei als auch aus Afrika. Flüchtlinge aus Drittstaaten oder jene, die in Griechenland und Italien gestrandet sind, werden innerhalb der EU umverteilt, wir haben die Grenzschutzagentur Frontex verstärkt, unsere Außengrenzen werden besser verwaltet und die Staaten, die am meisten unter Druck stehen, erhalten mehr Unterstützung. Wir arbeiten außerdem daran, schutzbedürftige Flüchtlinge direkt nach Europa zu bringen und Migranten, die kein Bleiberecht haben, konsequenter zurückzuführen.

Es bewegt sich etwas. Aber bei der EU-internen Flüchtlingsverteilung, der Schlüsselmaßnahme der Europäischen Kommission zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, sind wir allerdings sehr weit vom eigentlichen Ziel entfernt. Was ging schief?

Die Idee und die Umsetzung einer EU-internen Verteilung von Flüchtlingen war beispiellos. Ich gebe auch zu, dass die Fortschritte langsam sind, aber es funktioniert. Die EU hat gezeigt, was wir erreichen können, wenn es politischen Willen dafür gibt. Mehr als 30 000 Menschen sind bislang aus Griechenland und Italien umverteilt worden. Das Ziel war es, 160 000 Menschen zu verteilen, aber es kommen jetzt auch bedeutend we-



„Wir müssen Missbräuche des Asylsystems verhindern“, so EU-Kommissar Avramopoulos.

(FOTO: LEX KLERNEN)

„Wir müssen auch legale Migrationswege Richtung Europa schaffen. Europa ist keine Festung.“

niger Menschen in Europa an. Es geht hier nicht bloß um Zahlen, sondern darum, das Solidaritätsprinzip der Umverteilung umzusetzen. Und hier will ich sagen, dass wir weitermachen sollen. Italien und Griechenland sind noch immer belastet. Deswegen müssen wir ein permanentes Krisenmanagement-System schaffen und die Dublin-Regelung ändern. Allerdings gibt es noch immer einige nationale Regierungen, die nicht willig sind, mitzumachen.

Tatsächlich schuf die Umverteilung von Flüchtlingen unheimliche politische Spannungen unter den europäischen Staaten, die bis in die Gegenwart nachwirken. Würden Sie das heute genau so tun wie 2015?

Ich würde nichts ändern und ich bin davon überzeugt, dass unsere Strategie die richtige ist. Besonders, weil unsere Strategie auf Prinzipien und Werten beruht. Wenn wir diese aufgeben, dann hat die EU keine Zukunft.

Da Sie gerade von Werten sprechen: Die europäische Strategie in Migrationsfragen scheint sich zunehmend auf Abschiebungen zu fokussieren, anstatt auf eine Willkommenskultur. Wie ist das mit unseren Werten vereinbar?

Das eine geht nicht ohne das andere. Es geht Hand in Hand und beide sind Teil einer umfassenden

Migrationspolitik. Jene Menschen, die internationalen Schutz brauchen, müssen und werden diesen bekommen. Gleichzeitig müssen wir auch Missbräuche des Asylsystems verhindern.

Bei Missbräuchen denken Sie wahrscheinlich an Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen auswandern und dann Asyl beantragen?

Ja, an diese Menschen denke ich.

Ist diese Differenzierung zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten denn eigentlich noch haltbar? Mit Blick auf Afrika, wo zwar nicht unbedingt überall Krieg ist, allgemein aber extreme Armut, Gewalt und Ausbeutung herrschen, wirkt es doch etwas grob.

Es kann nicht jeder nach Europa kommen, aber wir müssen auch legale Migrationswege Richtung Europa schaffen. Europa ist keine Festung. Diese legalen Wege, auf denen Wirtschaftsmigranten in die EU kommen, müssen aber im Einklang mit den Bedürfnissen der Arbeitsmärkte der einzelnen europäischen Staaten sein. Hierzu muss man sagen, dass die Mitgliedstaaten dafür zuständig sind und nicht die EU. Jene, die dann über illegale Wege kommen, werden dann zurückgeschickt.

Sind legale Migrationswege, die sich nach nationalen Bedürfnissen richten wirklich die Lösung? In Luxemburg sieht man sehr gut, dass durch das bestehende Einreisensys-

tem der Blauen Karten vor allem hoch qualifizierte Russen, Inder und Amerikaner kommen. Dadurch ist das Problem der Migration aus Afrika aber nicht gelöst ...

Allgemein gesehen ist Migration ein Kreislauf, der sowohl für die europäischen Länder positiv sein kann, wie auch für die afrikanischen Länder. Das sollte man so angehen. Wir werden deswegen versuchen, mit willigen Staaten Projekte zu lancieren, um legale Wege für Wirtschaftsmigranten zu schaffen. Dazu muss man auch sagen, dass wir durch unsere Resettlement-Programme, legale und sichere Wege schaffen, um nach Europa zu kommen.

Das gilt allerdings für Flüchtlinge und nicht für Wirtschaftsmigranten ...

Ja, aber es ist ein wichtiger Teil unserer umfassenden Politik. Wir haben deswegen entschieden, 50 000 Menschen nach Europa über diesen Weg zu holen. Noch einmal. Hier geht es um umfassende Maßnahmen, die es erlauben, das globale Phänomen der Migration besser in den Griff zu kriegen.

Zu diesen umfassenden Maßnahmen gehört auch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf dem afrikanischen Kontinent. Dabei beobachtet man, dass die EU neulich versucht hat, Entwicklungshilfe an Zusammenarbeit in Migrationsfragen zu binden – wie etwa die Rücknahme von Migranten. Warum?

Diese Konditionalität kann ein Hebel sein. Aber im Moment schließen wir das aus.

Die Kommission hat doch mehrmals mit diesem Gedanken gespielt...

Ideen kommen und gehen. Und im Gegenteil. Wir haben uns jetzt

dafür entschieden, positive Hebel einzusetzen anstelle der Konditionalität.

Dennoch wirkt es so, als wolle Europa das Migrationsproblem am liebsten außerhalb der eigenen Grenzen lösen. Man denke dabei an die Zusammenarbeit mit der Türkei oder die Versuche, die libyschen Behörden einzubinden. Orientiert Europa sich etwa an dem australische Modell, mit dem versucht wird, die Menschen außerhalb des Territoriums zu halten?

Das kommt überhaupt nicht in Frage. Unsere Migrationspolitik hat sich stets auf fundamentale Grundsätze gestützt: Kein Outsourcing, und es werden keine Flüchtlingsboote auf See zurückgeschickt. Wir haben die Pflicht, Menschen zu beschützen. Was Libyen angeht, versuchen wir einen stabilen Partner zu finden, mit dem wir zusammenarbeiten können. Es wird aber noch sehr viel Zeit dafür brauchen. Natürlich ist es wichtig, die externen Aspekte der Migration im Blick zu behalten. Wir müssen außerhalb und innerhalb Europas arbeiten. Die Lösungsansätze müssen gleichzeitig international, europäisch und national sein. Die Migrationsfrage ist nun einmal ein Puzzle mit sehr vielen Teilen.

Dabei deuten Zahlen von Eurostat an, dass wir in den nächsten Jahren Zuzug von außerhalb brauchen, sonst werden unsere Länder von 2050 an schrumpfen. Warum bemühen sich denn so viele Regierungen, Menschen daran zu hindern, nach Europa zu kommen?

Weil der innenpolitische Druck oft so groß ist. Dabei sollten alle Regierungen nun Leadership zeigen und gegen die populistische Rhetorik steuern. Es hat sich immer gezeigt, dass wenn man jenen entgegenkommt, die diesen Druck aufbauen, man jegliche Glaubwürdigkeit verliert und damit auch die nächsten Wahlen. Dabei ist die Strategie der Populisten kurzsichtig und nach innen gerichtet. Sie führt nirgendwo hin. Die Frage für einen Politiker sollte nicht lauten, „Wie bleibe ich an der Macht?“, sondern, „Was soll ich tun, damit eine nachhaltige Politik für Europa entsteht.“ Es braucht nämlich eine weitsichtige Migrationspolitik, denn dieses Phänomen ist bei uns, um zu bleiben.

Zur Person

Dimitris Avramopoulos hat seine politische Karriere spät begonnen. Von 1980 bis 1993 war der 1953 geborene Athener als Diplomat tätig, zunächst im Außenministerium in Athen und von 1988 bis 1992 als griechischer Konsul in Liège. Schon damals stand er der konservativen Partei „Nea Dimokratia“ nah. 1993 wagte er dann den Sprung in die Politik und wurde 1994 zum Bürgermeister von Athen gewählt. 2004 tritt er in die Regierung ein. Der „Allrounder“ übernahm in seiner Regierungszeit verschiedene Ministerposten. 2014 wechselte er dann in die EU-Kommission.

„Das Phänomen der Migration ist bei uns, um zu bleiben.“